

Zeitschrift:	Schweizer Spiegel
Herausgeber:	Guggenbühl und Huber
Band:	23 (1947-1948)
Heft:	4
Artikel:	Kein Buch mit sieben Siegeln : die staatliche Finanzpolitik geht alle an : geschrieben für jene, die lieber nichts von diesem Thema wissen wollen
Autor:	Guggenbühl, Adolf
DOI:	https://doi.org/10.5169/seals-1069173

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

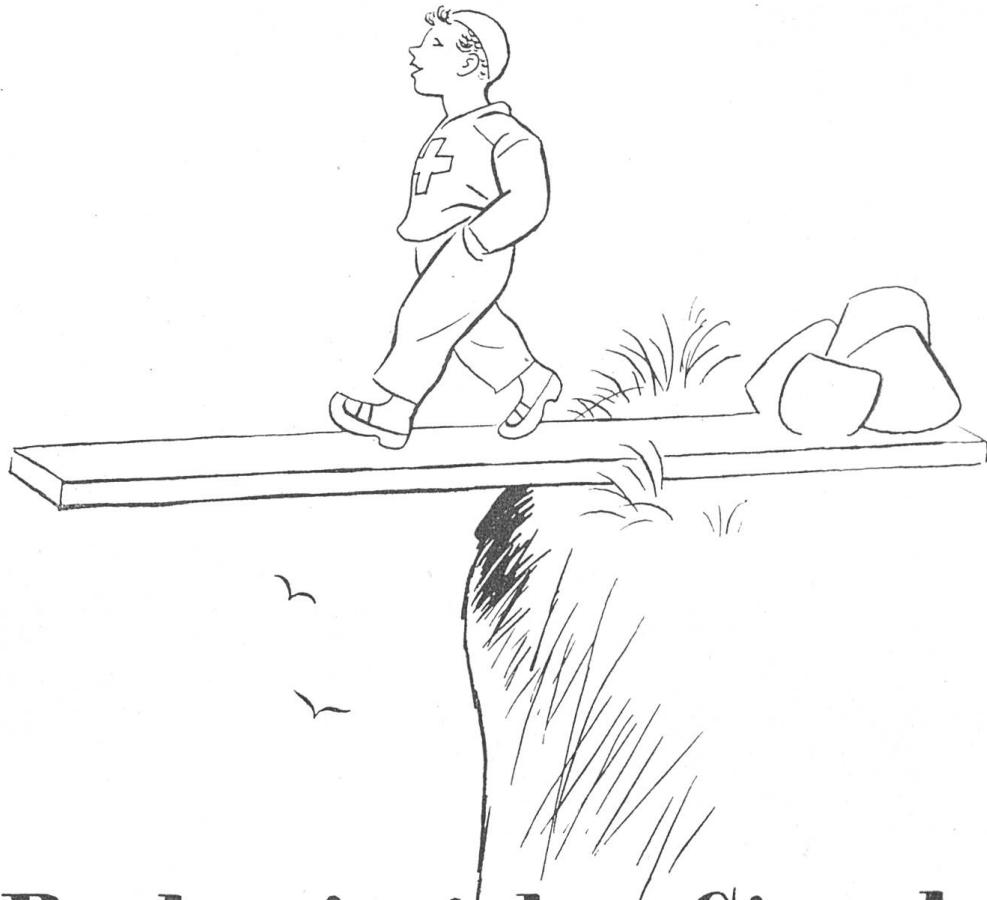
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 25.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>



Kein Buch mitsieben Siegeln

Die staatliche Finanzpolitik geht alle an

Geschrieben für jene, die lieber nichts von diesem Thema wissen wollen

Von Adolf Guggenbühl

Illustration von Hans Tomamichel

Nicht nur die meisten Frauen, auch viele Männer haben einen fast unüberwindlichen Aberwillen, sich mit finanzpolitischen Angelegenheiten näher zu befassen. Wenn sie Ausdrücke wie Budget, außerordentliche Rechnung, schwebende Schuld, Amortisation, Plafond, Tilgungsquote, Progressionsskala hören, so kommen ihnen diese Wörter wie Chinesisch vor. Sie haben die fixe Idee, es gehe um eine Art Geheimwissenschaft, in die man nur nach jahrelangem Studium eindringen könne.

Das ist ein Irrtum. Auf allen Gebieten des staatlichen Lebens, handle es sich um die Finanzen, die Landesverteidigung oder die Wirtschaftspolitik, sind die technischen Details zwar sehr verwickelt, die Grundfragen aber ganz einfacher Natur und für jeden normalen Menschen, der guten Willens ist, verständlich. Ja der Laie ist sogar oft viel eher in der Lage, sich ein richtiges Bild zu machen, als der Spezialist, der vor lauter Bäumen den Wald nicht sieht.

Spare in der Zeit, so hast du in der Not

Jeder Familienvater, der einer privaten Haushaltung vorsteht, kann begreifen, um was es im Grunde bei der staatlichen Finanzpolitik geht.

Gewiß bestehen zwischen Haushalt des Staates und einer Privathaushaltung große Unterschiede; aber das Wichtigste haben sie gemeinsam: Einnahmen und Ausgaben müssen in einem richtigen Verhältnis stehen.

Einnahmen . . .	Fr. 15 650.—
Ausgaben . . .	<u>Fr. 15 750.—</u>
Ergebnis . . .	= Ständige Sorge
Einnahmen . . .	Fr. 15 650.—
Ausgaben . . .	<u>Fr. 15 550.—</u>
Ergebnis . . .	= Sorglose Zufriedenheit

So ungefähr hat einmal Dickens das Problem der Haushaltungsrechnung einer Familie charakterisiert. Auch der Staat darf auf die Dauer nicht mehr ausgeben, als er einnimmt. Er ist allerdings insofern in einer andern Lage als der Private, als er viel leichter Geld entleihen kann. Es ist deshalb sicher nichts dagegen einzuwenden, daß beim Staat in Kriegs- und Krisenzeiten die Rechnung nicht ausgeglichen ist und die Staatsschuld in jenen Jahren vergrößert wird. Voraussetzung dafür ist aber, daß in guten Zeiten Überschüsse erzielt und diese zu Rückzahlungen verwendet werden.

Jeder Staat, der auf die Dauer mehr ausgibt, als er einnimmt, treibt früher oder später dem Bankrott mit allen seinen furchtbaren Folgen entgegen. Ob es dabei zu einem eigentlichen Konkurs kommt oder aber zu der verschleierten Form der Schuldenabschüttelung in Form von Abwertungen, kommt ziemlich auf das gleiche heraus.

Der unerschütterliche Grundsatz aller Finanzgebarung, daß sich Einnahmen und Ausgaben die Waage halten müssen, ist so selbstverständlich, daß man eigentlich dar-

über gar nicht diskutieren sollte. Trotzdem hat es seit dem Altertum bis zur Gegenwart viele sehr gescheite Volkswirtschafter gegeben, welche mit ungeheurem Aufwand von Fachkenntnissen zu beweisen suchten, daß diese sogenannte Milchmädchenrechnung nicht stimme, daß ein ausgeglichenes Budget für den Staatshaushalt unnötig, ja schädlich sei. Die Völker, welche diesen Zauberern, welche wie die alten Alchimisten versprachen, durch geheimnisvolle Operationen aus Dreck Gold zu machen, das Minus in ein Plus zu verwandeln, Glauben schenkten, alle diese Völker mußten ihre Leichtgläubigkeit bitter büßen.

Gegenwärtig sind diese Theorien bei uns weniger Mode als vor dem Krieg. Auch die Fachleute sind ziemlich allgemein der Ansicht, der Bund, die Kantone und die Gemeinden sollten die jetzige Hochkonjunktur benutzen, um den Schuldenberg abzutragen.

Die Parlamente erteilen deshalb dem Stadtrat, Regierungsrat oder Bundesrat den Auftrag, nach Sparmaßnahmen Umschau zu halten, das heißt die Ausgaben im Voranschlag wesentlich zu reduzieren. Das Ergebnis ist immer das gleiche. Die Exekutive schlägt eine Reduktion von ein paar Prozenten vor, und zwar ausgerechnet dort, wo man dem schweizerischen Staat mit Recht von jeher Knauserigkeit vorwerfen kann, auf kulturellem Gebiet. Im übrigen beweist man, daß bei den andern Posten ein Abbau vollständig unmöglich sei. Worauf dann die Parlamente Genehmigung beschließen, im Bewußtsein, ihre Pflicht getan zu haben; denn Unmögliches könne man schließlich von keinem Menschen verlangen.

«Das Departement, das hier kritisiert wird, hat von jeher keinen Franken unnötig ausgegeben. Eine genaue Untersuchung hat gezeigt, daß es vollständig unmöglich ist, das Budget noch weiter zu reduzieren.»

Diese Verteidigung eines schweizerischen Regierungsmannes ist für alle diese Antworten charakteristisch. Es gilt nun, sich dadurch nicht imponieren zu lassen, sondern zu antworten: «Die Botschaft hör' ich wohl, allein mir fehlt der Glaube.»

Der nötige Zwang

Eine Rundfrage hat einmal ergeben, daß die meisten Familienväter der Ansicht sind, sie verdienten etwa zehn Prozent zu wenig, mit zehn Prozent Lohnerhöhung wäre ihnen geholfen. Auf jeden Fall wird man kaum jemanden finden, der nicht felsenfest glaubt, er lebe eigentlich äußerst sparsam. Ob eine Familie 8000, 20 000 oder 80 000 Franken jährlich zur Verfügung hat, es wird ihr leicht fallen, zu beweisen, daß sie das Geld nur für dringend notwendige Dinge ausgibt und daß eine Einschränkung beim besten Willen einfach nicht möglich ist. Wenn aber dann, aus äußern Gründen, dieses Einkommen von heute auf morgen um 20 oder 30 Prozent reduziert wird, dann geht es plötzlich — weil es gehen muß.

Genau so ist es beim Staat. Jeder Departementschef, jeder Abteilungsleiter, jeder Bürovorsteher kann schwarz auf weiß beweisen, daß kein Franken verschwendet wird, daß die Ausgaben auf das Notwendigste beschränkt sind. Würde aber, was leider fast nie vorkommt, eine Kürzung um 30 Prozent erfolgen, so ist es selbstverständlich, daß deswegen das betreffende Amt seine Funktion nicht einstellen müßte.

Ganz ähnlich verhält es sich mit der Beschränkung von Kostenvoranschlägen bei Bauten.

Wenn das Klassenzimmer in einem neuen Schulhaus Fr. 300 000.— kostet, so können Architekt und Schulvorstand ohne Schwierigkeit nachweisen, daß durchaus kein Luxus getrieben wurde. Wenn aber diese Summe durch äußern Druck, also zum Beispiel durch eine negativ verlau-

fene Volksabstimmung, auf Fr. 200 000.— reduziert werden muß, dann geschieht das Wunder, daß es auch so geht.

Beim privaten Hausbau zeigt sich ja der gleiche Vorgang. Man macht Pläne für ein Einfamilienhaus. Einfach, aber gediegen. Und siehe da, der Voranschlag des Architekten weist die horrende Summe von Fr. 200 000.— auf, statt der Franken 140 000.—, die man sich als Maximum leisten kann. Und nun wird eben das zweitemal nicht mehr von den Bedürfnissen ausgegangen, sondern vom Betrag, der zur Verfügung steht. Und siehe da, nach langen Überlegungen, nach stundenlangen Besprechungen, nach vielen schmerzlichen Verzichten bringt man es schließlich fertig, daß ein Haus gebaut wird, das zwar nicht alle Träume erfüllt, in dem sich aber auch sehr gut leben läßt und das nur Franken 140 000.— kostet.

Auch ein Problem der Vollbeschäftigung

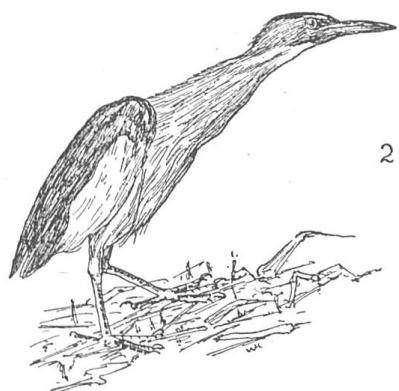
Besonders groß sind die Widerstände, wenn es gilt, einen aufgeblähten Beamtenstand zu reduzieren. Das kommt nicht daher, weil es unsere Beamten gerne möglichst gemütlich haben, wie etwa behauptet wird.

Es holt jemand einen Freund ab, der im Bundeshaus arbeitet. Ohne Anmeldung betritt er zehn Minuten vor sechs dessen Büro und findet ihn im tiefsten Schlafe. Wie er ihn weckt, fährt der Schläfer auf und ruft: «Das isch jetz scho guet, daß du cho bischt, susch hett ich sicher bis am sibni krampfet.»

Alle diese Späße sind zum mindesten veraltet. Der Personalabbau bei der Verwaltung ist nicht deshalb so schwierig durchzuführen, weil unsere Beamten zu untüchtig, sondern weil sie zu tüchtig sind. Dort, wo Verhältnisse herrschen wie in manchen ausländischen Staaten, wo in staatlichen Büros eine Stunde nach Arbeitsbeginn noch kaum ein einziger höherer Beamter anwesend ist, während die

*KENNEN WIR
UNSERE
HEIMAT?*

*Dann sollten wir wissen, was diese
Zeichnungen darstellen*



Antworten siehe Seite 51

andern ungeniert die Zeitung lesen oder Zigaretten rauchend herumstehen, da hat eine Sparkommission leichtes Spiel. Bei uns ist das ganz anders. Es wird intensiv gearbeitet. Ist kein Tätigkeitsgebiet mehr da, so schafft man sich pflichtbewußt ein neues. Oder man macht die Arbeit gründlicher, besser. Vielleicht zu gründlich, zu gut.

Das Arbeitsvolumen ist eine außerordentlich elastische Angelegenheit. Diese Erfahrung kann jede Hausfrau machen.

Wir kennen alle den Fall der jungverheirateten Frau, die noch kein Kind und nur eine Zweizimmerwohnung besitzt und doch vom Morgen bis zum Abend beschäftigt ist. Später zieht man in eine Dreizimmerwohnung und zuletzt in ein Einfamilienhaus, und es sind schließlich drei Kinder da. Die Arbeitslast hat sich vervierfacht, und trotzdem geht es. Allerdings wird jetzt nicht mehr jeden Tag jeder Gegenstand abgestaubt, und das Parkett glänzt nicht mehr so spiegelglatt; aber es geht auch so, und niemand ist unglücklicher dabei.

Und dann verbessert sich die finanzielle Lage. Man kann sich ein Dienstmädchen leisten. Erhält die Frau dadurch viel freie Zeit? Keineswegs. Ihre Arbeit reduziert sich, aber merkwürdigerweise nur ganz unbedeutend. Und wenn ein zweites Dienstmädchen angestellt wird, so haben alle drei vollauf zu tun.

Von 1938—1948 hat der Personalbestand beim Bund folgendermaßen zugenommen:

Personalbestand	1938	1947	1948
Allg. Verwaltung . . .	119	145	157
Politisches Dept. . . .	582	1 779	1 768
Dept. des Innern . . .	842	1 348	1 355
Justiz- und Polizeidept.	244	371	393
Militärdept.	3 677	10 278	10 062
Finanzdept. ohne Zoll .	234	359	521
Zollverwaltung	3 938	4 488	4 336
Volkswirtschaftsdept. .	614	1 401	1 502
Post- u. Eisenbahndep.	115	226	238

Entsprechend sind die Personalausgaben von 72 Millionen Franken im Jahre 1938 auf 235 Millionen im Jahre 1948 gestiegen.

* * *

Wie muß man es nun anstellen, damit beim Staat mehr gespart wird? Die Lösung besteht ganz einfach darin, daß man den gordischen Knoten durchhaut. Die Volksvertretungen müssen den Exekutivbehörden rücksichtslos vorschreiben, das Ausgabenbudget sei um zehn oder zwanzig Prozent zu reduzieren, ohne sich auf lange Diskussionen einzulassen. Die Devise muß heißen: *Arrangez-vous!*

Sicher wird dann manches schlechter gemacht; aber beim Staat wie beim Privaten ist die ideale Lösung selten anwendbar. Staatsführung ist die Kunst des Möglichen.

Die Scheinlösung

Da die Reduktion der Ausgaben viel Rücksichtslosigkeit und Härte braucht, beschäftigen sich die Behörden viel lieber mit einer andern Möglichkeit: der Steigerung der Einnahmen. Sie lassen durch Fachleute ausrechnen, wie es möglich wäre, durch Erhöhung der Steuern die Einnahmen zu erhöhen. Auch hier macht man wieder eine merkwürdige Beobachtung. Diese Experten, welche die Steuergesetze ausarbeiten, sind Männer mit außerordentlichem Wissen und hoher Intelligenz, und trotzdem hat man den Eindruck, es fehle ihnen sehr oft der gewöhnliche, gesunde Menschenverstand.

Die einfachste psychologische Überlegung sollte ihnen doch klar machen, daß jede Steuer auf dem Erwerbseinkommen, die eine gewisse Höhe überschreitet, mit absoluter Sicherheit die Henne tötet, welche die goldenen Eier legen soll.

Was sind die wirtschaftlichen Folgen, wenn von einem Erwerbseinkommen von

einer bestimmten Höhe an 80, 90 oder noch mehr Prozent weggesteuert werden?

Es gibt drei Möglichkeiten, wie der Steuerpflichtige reagieren wird:

1. Den Steuerbetrug. Der Geschäftsmann, der es einfach nicht über sich bringt, daß ein anderer, das heißt der Staat, ihm die Früchte seiner Anstrengungen wegnimmt, versucht, das zusätzliche Einkommen zu verheimlichen. Dagegen kann sich der Staat wohl in einem gewissen Maße durch ein gut ausgebautes Veranlagungsverfahren, einen komplizierten Kontrollapparat und scharfe Strafen wehren. Aber nur in einem gewissen Maß. Auch die Erhebung der Steuern beruht in letzter Linie, wie die Durchführung jedes Gesetzes, auf der freiwilligen Anerkennung der Bürger. Wird eine Steuer von den Betroffenen nicht nur als hart, sondern als vollständig ungerecht empfunden (und das ist bei einer Konfiskation immer der Fall), dann wird ein Teil der Bürger zur Selbsthilfe greifen.

2. Ist der Steuerzahler zu anständig oder zu ängstlich, um zum Betrug zu greifen, so wird er einen andern Ausweg suchen. Um dem Staat nicht alles abliefern zu müssen, vergrößert er künstlich seine Unkosten. Er macht unnötige Investitionen, fragwürdige bauliche Verbesserungen, die er über Unkosten abschreiben kann. Das Direktionszimmer wird mit luxuriösem Holz getäfelt, der Sitzungssaal erhält ledergepolsterte Doppeltüren neuester Konstruktion. Man ist sehr weitherzig mit der Anerkennung von Spesen usw. Diese unnatürliche Aufblähung des Unkostenkontos ist selbstverständlich gerade in einer Hochkonjunktur sehr ungesund. Sie nimmt Material und Arbeitskräfte weg, die dann an andern Orten für nützlichere Aufgaben fehlen.

3. Ist der Geschäftsinhaber aber ein Mann, dem alle derartigen Kniffe zuwider sind, so gibt es eine dritte Lösung, um nicht in die Einkommenskategorie, wo alles

konfisziert wird, hineinzurutschen. Er verzichtet ganz einfach von einem bestimmten Umsatz an auf weitere Geschäfte. Er könnte einen neuen, vielversprechenden Artikel lancieren. « Warum aber », sagt er sich, « soll ich mich anstrengen? Mißrät das Geschäft, so muß ich selbst den Verlust tragen; gelingt es aber, so muß ich den Erlös fast restlos abliefern. Also richte ich mir das Leben lieber etwas gemütlicher ein. »

Nun hätte diese erzwungene Passivität sicher auch ihre erfreuliche Seite; denn man kann durchaus der Ansicht sein, daß der moderne Mensch viel zuviel arbeitet. Ob aber diese staatliche Förderung des *dolce far niente* gerade nach Kriegszeiten, wo es gilt, möglichst viel zu produzieren, am Platze sei, ist immerhin eine andere Frage.

*

Das sind ganz einfache psychologische Überlegungen. Um sie anzustellen, muß man nicht Finanzpolitiker sein, nicht einmal Geschäftsmann. Jede Hausfrau, jeder weltfremde Theologieprofessor kann diese Überlegungen machen.

Und doch werden sie offenbar von den Fachleuten nicht gemacht. Unmäßig hohe Steuern sind in der Finanzgeschichte keine Seltenheit.

Gerade in den letzten Jahren sind unter dem Druck der finanziellen Notlage in sehr vielen Ländern solche konfiskatorischen Steuern eingeführt worden.

Wie man weiß, werden z. B. in Deutschland wie in England gegenwärtig von einer bestimmten Einkommenshöhe an neunzig Prozent weggesteuert.

Auch die schweizerische Kriegsgewinnsteuer hatte solche Ansätze, und die gegenwärtigen Wehrsteuerzuschläge wirken sich zusammen mit den übrigen Steuern ähnlich aus.

Die Moral

Nein, die Finanzpolitik ist kein Buch mit sieben Siegeln. Daß sich der Laie mit diesen Dingen befaßt, ist aber nicht nur möglich, sondern nötig. In einer Demokratie muß in allen wichtigen Fragen das Volk zum Rechten sehen. Der Stimmbürger muß den Mut aufbringen, in gewissen Fällen ein Nein einzulegen, auch wenn die Vorlage von der eigenen Partei warm empfohlen wurde, und er muß sich die Parlamentsvertreter seiner Partei, die wohl schöne Sparreden halten, im einzelnen Fall sich aber dann doch nicht getrauen, ihre Theorien in die Tat umzusetzen, merken. Gewiß, die Wirtschaft ist nicht das Schicksal; aber immerhin kann eine verfehlte Finanzpolitik die Grundlagen eines Staates erschüttern. Wir dürfen uns nicht damit begnügen, unsere Begeisterung für die Eidgenossenschaft nur bei Festen und am 1. August zum Ausdruck zu bringen, es ist auch Pflicht jedes Einzelnen, sich mit diesen nüchternen Grundlagen des stolzen Gebäudes unseres Staates zu befassen.

Schweizer-Spiegel-Fasnachtszeitung

Dem Februarheft wird wiederum die vielbegehrte, letztes Jahr nach kurzer Zeit vergriffene Schweizer-Spiegel-Fasnachtszeitung beigelegt sein. Sichern Sie sich deshalb rechtzeitig diese Nummer!